



Postulat

Politische Bildung an der Volksschule stärken

Die Kantone Tessin, Freiburg, Genf, Neuenburg und Aargau kennen ein Fach «Politische Bildung» und auch der Kanton Luzern wurde im Jahr 2020 mit der Prüfung beauftragt, ob in der Oberstufe ein entsprechendes Fach eingeführt werden soll¹. «Politik, Demokratie und Menschenrechte» ist im Lehrplan 21 als fächerübergreifendes Thema unter der Leitidee Nachhaltige Entwicklung gesetzt. Im Zentrum dieses Themas stehen, Zusammenleben zu gestalten sowie Demokratie und Menschenrechte zu verstehen und sich dafür zu engagieren. Bezüge zu Politischer Bildung finden sich im Lehrplan 21 für den 1. und 2. Zyklus v.a. im Fachbereich «Natur, Mensch, Gesellschaft» sowie im 3. Zyklus im Fachbereich «Räume, Zeiten, Gesellschaften» sowie im Fachbereich «Ethik, Religionen, Gemeinschaft»². Die politische Bildung sollte bewirken, dass man die Hintergründe und die grundlegenden Partizipationsmöglichkeiten innerhalb des Schweizer Politsystems kennenlernt. Nur so kann vom gewährleisteten Mitspracherecht optimal Gebrauch gemacht werden. Der Lehrplan 21 gibt diesem wichtigen Anliegen jedoch zu wenig Gewicht.

Die politische Bildung in der Schule sollte den Lernenden, welche auch als Nicht-Stimmberechtigte Teil des «Volkes» sind, diese Regeln näherbringen. Von diesen jungen Menschen kann nicht erwartet werden, dass sie auf Anhieb den Aufbau des Staates, die Gewaltenteilung, die Funktionsweise der Bundesversammlung etc. verstehen. Vielmehr sollte die Volksschule der Ort sein, an dem man sich an das politische System herantastet, die grundlegenden Zusammenhänge erkennt, sich für das aktuelle politische Geschehen zu interessieren beginnt, eigene Meinungen formt und Diskussions- und Argumentationserfahrungen sammelt. Je mehr politische Bildung an der Volksschule, desto mehr politische Partizipation. Gemäss einer Umfrage der gfs.bern im Auftrag von easyvote finden 71 Prozent der Lernenden zwischen 15 und 25 Jahren, dass der politischen Bildung eine eher grosse oder sehr grosse Wichtigkeit im Unterricht zugeschrieben werden soll. Gleichzeitig waren 49 Prozent der Meinung, dass sie im Rahmen ihrer politischen Bildung eher wenig oder gar nichts gelernt haben.³

Die Postulantin und die Postulanten begrüssen, dass der Kanton Luzern nun die Prüfung eines Fachs «Politische Bildung» vornimmt. Jedoch gibt es auch heute schon Möglichkeiten für die Volksschule der Stadt Luzern, die politische Bildung in eigener Kompetenz zu stärken. Neben dem klassischen Unterricht kann die politische Bildung auch über Diskussionsgefässe, Projektwochen, Projektstage und projektorientiertes Arbeiten gestärkt werden. Dafür eignen sich Podiumsdiskussionen oder Politikwochen. Auch können proaktiv Jungpolitiker*innen sowie Vertretungen von Jugendparlamenten in den Unterricht eingeladen werden.

Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, wie die politische Bildung im Volksschulangebot der Stadt Luzern gestärkt werden kann. Dabei sollen auch Angebote von Organisationen geprüft werden, welche Schulen und Lehrer*innen darin unterstützen, Projektarbeiten in der politischen Bildung durchzuführen.

Marco Baumann, Irina Studhalter, Jona Studhalter, Yannick Gauch, Gianluca Pardini und Patrick Zibung

¹ [Postulat \(lu.ch\)](#)

² [Politische Bildung und Menschenrechtsbildung | éducation21 \(education21.ch\)](#)

³ [193120_SB_easyvote_Politikmonitor_final_23_09.pdf](#) (Seite 27-28)